

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2006

Abgeschlossen am 31. März 2006. • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Im 1. Halbjahr 2006 hat Österreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne. Das Europäische Parlament stimmt im Jänner gegen die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 und fordert eine Erhöhung der finanziellen Mittel. Auch die Dienstleistungsrichtlinie wird vom Parlament nur in sehr veränderter Form angenommen. – Der "Gas-Streit" zwischen Russland und der Ukraine, der kurzfristig Versorgungsengpässe in Ost-Mitteleuropa zur Folge hatte, wird beigelegt. Der Europäische Rat fordert eine gemeinsame europäische Energiepolitik. In Frankreich demonstriert die Bevölkerung gegen den geplanten "Ersteinstellungsvertrag", der den Kündigungsschutz für junge Beschäftigte einschränkt.

1. Jänner: Österreich übernimmt nach Großbritannien den Vorsitz im Europäischen Rat. Ein gemeinsames Arbeitsprogramm mit Finnland, das im 2. Halbjahr 2006 die Präsidentschaft innehat, soll folgende Ziele umsetzen: Arbeitsplätze und Wachstum in Europa schaffen, das spezifisch europäische Lebensmodell absichern und weiterentwickeln, das Vertrauen der Bevölkerung in das Projekt der europäischen Integration neu festigen, Europa als starken und verlässlichen Partner in der Welt beweisen (http://www.eu2006.at/includes/Download_Dokumente/Agendas/0512draft_operationalprogrammeEN.pdf).

3. Jänner: Der Gas-Streit zwischen Russland und der Ukraine wird beigelegt. Nachdem Russland eine Preiserhöhung auf 230 \$ je 1.000 m³ (bisher 50 \$ je 1.000 m³) gefordert und Gazprom am 1. Jänner vorübergehend die Erdgaslieferungen an die Ukraine eingestellt hatte, traten in Ost-Mitteleuropa Versorgungsengpässe auf. Russland und die Ukraine einigen sich auf einen Preis von 95 \$ je 1.000 m³. Für den Transit der Erdgaslieferungen nach Europa erhält die Ukraine 1,6 \$ statt bisher 1,09 \$ je 1.000 m³ und 1.000 km. Obwohl Österreichs Gasversorgung zu drei Vierteln aus Russland über die Ukraine bezogen wird, hat die Preiserhöhung aufgrund der langfristigen Lieferverträge zwischen Österreich und Russland ("Take-or-Pay"-Verträge)¹⁾ keine Auswirkung auf den Gaspreis in Österreich.

11. Jänner: Die Kommission vertritt in einer Stellungnahme die Auffassung, dass Großbritannien mit einer Haushaltslücke von 3,3% des BIP im Haushaltsjahr 2004/05 ein übermäßiges Defizit im Sinne des EG-Vertrags und des überarbeiteten Stabilitäts- und Wachstumspakts aufwies. Da das Defizit bereits im Haushaltsjahr zuvor 3,2% betrug und voraussichtlich auch im laufenden sowie im Haushaltsjahr 2006/07 über 3% ausmachen wird, kann es nicht als vorübergehend betrachtet werden. Die finanzpolitischen Maßnahmen, die Großbritannien im Pre-Budget-Report vom Dezember bekannt gegeben hat, wurden bei der Stellungnahme berücksichtigt. Die Kommission ersucht den Rat, sich der Stellungnahme anzuschließen und zu empfehlen, dass das Defizit im kommenden Haushaltsjahr 2006/07 unter 3% gesenkt wird.

Ausland

Präsidentschaft Europäischer Rat: Österreich

Gas-Streit Russland-Ukraine

EU: Haushaltsdefizit Großbritannien

¹⁾ Der Importeur zahlt eine Mindestmenge, unabhängig davon ob er diese Menge abnimmt oder nicht. Zu Vertragsbeginn wird dabei meist ein Ausgangspreis festgelegt, der an einen Preisindex (u. a. Rohölpreise) gebunden ist. In manchen Fällen wird der Preis alle 3 bis 5 Jahre neu verhandelt.

Asiatisch-Pazifische
Klimaschutzinitiative

12. Jänner: Die Länder der Asiatisch-Pazifischen Klimaschutzinitiative (APG) – USA, Australien, China, Japan, Indien und Südkorea – wollen die Treibhausgasemissionen durch freiwillige Implementierung von technischen Neuerungen reduzieren. Der Einsatz umweltfreundlicher Technologien in Schlüsselbranchen wie Bergbau, Energiewirtschaft, Aluminium- und Zementindustrie soll über einen Unterstützungsfonds gefördert werden. Ab 2007 wird dieser Fonds von Australien mit 100 Mio. Australischen Dollar und von den USA mit 52 Mio. \$ über 5 Jahre dotiert. Im Gegensatz zu dieser Strategie der Technologieförderung belastet das Konzept des Emissionshandels über den Markt, wie es das Kyoto-Protokoll vorsieht, die Schlüsselbranchen besonders. Es bindet jedoch Länder in die Emissionsreduktion ein, die sich nicht zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls verpflichtet haben.

Europäisches Parlament:
Finanzielle Vorausschau
2007-2013

18. Jänner: Das Europäische Parlament stimmt gegen die Finanzielle Vorausschau 2007-2013: Dieses Budget würde "Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit, Solidarität, Zusammenhalt und Sicherheit für die Zukunft im Einklang mit Politiken, die der Rat selbst bereits beschlossen hat," nicht gewährleisten²⁾. Der Kompromiss der Regierungschefs sieht einen finanziellen Rahmen von 862 Mrd. € vor, das Europäische Parlament fordert 975 Mrd. €. Als unannehmbar kritisiert das Parlament die Reduzierung der Mittel für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Beschäftigung, Bürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht.

USA: Leitzinsenerhöhung

31. Jänner: Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate liegt nun bei 4,5% die Discount Rate bei 5,5%.

USA: Notenbankpräsident

1. Februar: Ben Bernanke löst Alan Greenspan als Notenbankpräsident der USA ab.

Deutschland:
Rentenantrittsalter

Die deutsche Regierung beschließt, das Rentenantrittsalter bis 2029 von derzeit 65 Jahren auf 67 Jahre anzuheben. Der Anpassungsprozess soll 2012 beginnen. Vorerst wird das Antrittsalter jährlich um 1 Monat erhöht, ab 2024 um 2 Monate pro Jahr.

G-8-Treffen

12. Februar: Die Finanzminister der G 8 (Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Russland, Großbritannien, USA) befassen sich mit dem Gas-Streit zwischen Russland und der Ukraine. Eine Lösung sieht man in der Verstärkung der Marktkräfte und der Transparenz im Energiesektor. Nicht eingegangen wird auf einen Vorschlag Russlands, seine vorzeitige Schuldenrückzahlung an den Pariser Club für den Schuldenerlass an die ärmsten Entwicklungsländer zu verwenden. Russland fordert eine gleichberechtigte Position in der G-8-Runde: Noch immer finden zu bestimmten Themen Treffen der G 7 statt.

Europäisches Parlament:
Dienstleistungsrichtlinie

20. Februar: Das Europäische Parlament stimmt über die Dienstleistungsrichtlinie ab. Sie soll die Rahmenbedingungen für die Liberalisierung der selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeiten schaffen, die normalerweise gegen Entgelt ausgeführt werden. Gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission wird die von den Abgeordneten angenommene Fassung substantiell – vor allem das Herkunftslandprinzip³⁾ betreffend – geändert (<http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?PUBREF=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0061+0+DOC+XML+V0//DE&LEVEL=4&NAV=X&L=DE>). Der "freie Dienstleistungsverkehr" muss es jedem Dienstleistungsbringer ermöglichen, seine Leistung in einem anderen Mitgliedstaat als dem seiner Niederlassung zu erbringen. Die Mitgliedstaaten müssen für die freie Aufnahme und die freie Ausübung auf ihrem Hoheitsgebiet sorgen, jedoch haben sie das Recht, den Dienstleistungserbringern Anforderungen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, des Umweltschutzes und der öffentlichen Gesundheit aufzuerlegen. Bestimmte Anforderungen werden untersagt, z. B. die Pflicht eine Niederlassung zu unterhalten oder eine Genehmigung zu beantragen sowie die Verpflichtung einer Mitgliedschaft bei einer Standesorganisation. Ein Verweis auf das Arbeits- und Sozialrecht oder den Verbraucherschutz wird nicht aufgenommen.

Vom Anwendungsbereich sind folgende Dienstleistungen ausgenommen:

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2005", WIFO-Monatsberichte, 2006, 79(1), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25897.

³⁾ Nach dem Herkunftslandprinzip unterliegt der Erbringer der Dienstleistung den Rechtsvorschriften des Landes, in dem er niedergelassen ist, und nicht des Landes, in dem die Dienstleistung erbracht wird.

- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse gemäß der Definition in den Mitgliedstaaten,
- Dienstleistungen im Zusammenhang mit Bankgeschäften, Krediten, Versicherungen, beruflicher oder privater Altersvorsorge, Geldanlagen oder Zahlungen,
- Dienstleistungen und Netze der elektronischen Kommunikation,
- Dienstleistungen auf dem Gebiet des Verkehrs einschließlich städtischer Verkehr, Taxen und Krankenwagen sowie Hafendienste,
- Dienstleistungen von Rechtsanwälten,
- Gesundheitsdienstleistungen, ob sie im Rahmen von Versorgungseinrichtungen gewährleistet werden oder nicht,
- Dienstleistungen im audiovisuellen Bereich, ungeachtet der Art ihrer Herstellung, Verbreitung und Ausstrahlung, einschließlich Rundfunk und Kino,
- Gewinnspiele, die einen Geldeinsatz bei Glücksspielen verlangen, einschließlich Lotterien, Spielkasinos und Wetten,
- Berufe und Tätigkeiten, die dauerhaft oder vorübergehend mit der Ausübung von Amtsgewalt in einem Mitgliedstaat verbunden sind, insbesondere Notare,
- das Steuerwesen,
- Sicherheitsdienste,
- Zeitarbeitsagenturen,
- soziale Dienstleistungen etwa im Bereich des sozialen Wohnungsbau, Kinderbetreuung und Familiendienste,
- Dienstleistungen, durch die ein sozialpolitisches Ziel verfolgt wird.

1. März: 13 Länder (Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Luxemburg, Zypern, Brasilien, Chile, Nicaragua, Kongo, Côte d'Ivoire, Madagaskar, Mauritius, Jordanien) verpflichten sich, ab 1. Juli abhängig von Flugdistanz und Reiseklasse eine Abgabe auf Flugtickets zwischen 1 € und 40 € zur Finanzierung der Bekämpfung von Krankheiten in den ärmsten Entwicklungsländern einzuheben. Weitere 25 Länder, darunter Österreich, Deutschland, Belgien, Südafrika, Südkorea und Mexiko, werden noch nicht festgelegte Beiträge in den neu entstehenden Fonds leisten.

8. März: Die Europäische Zentralbank erhöht den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems um 0,25 Prozentpunkte auf 2,50%, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 0,25 Prozentpunkte auf 3,50% und den Zinssatz für die Einlagefazilität um 0,25 Prozentpunkte auf 1,50%.

17. März: Der deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz für Wachstum und Beschäftigung. Künftig werden Kinderbetreuungskosten berufstätiger Eltern stärker steuerlich absetzbar sein. Berufstätige Alleinerziehende und Doppelverdiener können rückwirkend mit 1. Jänner Betreuungskosten, die für Kinder von 0 bis 14 Jahren anfallen, zu zwei Dritteln als Werbungskosten absetzen (bis 4.000 € pro Jahr). Für Alleinverdiener gilt die gleiche Regelung, allerdings nur für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren. Auch können Kosten einer Kinderbetreuung im eigenen Haushalt geltend gemacht werden. Im Zuge der familienpolitischen Maßnahmen sollen bis 2010 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kleinkinder entstehen. Der Bund stellt dazu den Kommunen 1,5 Mrd. € zur Verfügung. Für die Ganztagschule werden bis 2010 4 Mrd. € bereitgestellt. Das Elterngeld, eine Einkommensersatzleistung, wird ab 2007 das Erziehungsgeld ersetzen und ersetzt als steuerfinanzierte Transferleistung 67% des Nettoeinkommens jenes Elternteils, der die Erwerbstätigkeit unterbricht (höchstens 1.800 €). Es wird 12 Monate lang gewährt, in den letzten zwei Monaten aber nur, wenn der andere Partner die Betreuung übernimmt ("Väterkomponente"). Für Familien mit geringem Haushaltseinkommen ist ein noch nicht festgelegter Mindestbetrag vorgesehen.

23.-24. März: Der Europäische Rat bekennt sich anlässlich seines Frühjahrsgipfels zu dem Ziel, bis 2010 10 Mio. Arbeitsplätze (2 Mio. pro Jahr) zu schaffen. Der Anteil der Schulabbrecher soll auf 10% gesenkt werden, ab 2007 soll jedem arbeitssuchenden

*Internationale
Flugticketabgabe*

*Europäische Zentralbank:
Leitzinsenerhöhung*

*Deutschland: Gesetz für
Wachstum und
Beschäftigung*

*Europäischer Rat:
Frühjahrgipfel*

Schulabgänger innerhalb von 6 Monaten ein Arbeitsplatz zugesichert werden. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangslagen in den Mitgliedstaaten sollen die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2010 3% des Bruttoinlandsproduktes erreichen. Die Gründung des European Institute of Technology (EIT), eines europäischen Netzes von Universitäten und Forschungsstätten, wird weiter betrieben. Bis 2007 soll es in jedem EU-Land möglich sein, ein Unternehmen innerhalb einer Woche zu gründen; alle Formalitäten sollen bei einer einzigen Anlaufstelle abgewickelt werden können (One-Stop Shop).

Der Rat fordert "eine Energiepolitik für Europa", die die Versorgungssicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit und die Umweltverträglichkeit sicherstellt. Dabei sollen Transparenz und Nichtdiskriminierung auf den Märkten gewährleistet sein. Die gemeinsame Energiepolitik muss mit den Wettbewerbsvorschriften und den gemeinschaftlichen Verpflichtungen vereinbar sein, die Hoheit der Mitgliedstaaten über die primären Energiequellen und in der Wahl des Energiemix uneingeschränkt wahren.

EU: Eurovignetten-Richtlinie

27. März: Die Verkehrsminister der EU beschließen die neue Eurovignetten-Richtlinie (Wegekostenrichtlinie). Sie regelt die Maut und Benutzungsgebühren für Lkw. Diese kann nun für Lkw ab einem Gesamtgewicht von 12 t beibehalten oder eingeführt werden; ab 2012 gilt die Mautregelung auch für Lkw ab einem Gesamtgewicht von 3,5 t. Die Differenzierung der Maut nach Tageszeit oder Emissionen ist möglich. Eine Zweckbindung der Einnahmen wird nicht vorgeschrieben, die Einnahmen sollen jedoch für den Verkehrssektor eingesetzt werden. Die Kommission soll bis 2008 ein Modell zur Berechnung der Umwelt-, Lärm-, Stau- und Gesundheitskosten ("externe Kosten") vorlegen.

USA: Leitzinsenerhöhung

28. März: In den USA werden die Leitzinsen zum zweiten Mal seit Jahresbeginn um 25 Basispunkte erhöht. Die Federal Funds Rate liegt nun bei 4,75%, die Discount Rate bei 5,75%.

Frankreich:
Ersteinstellungsvertrag

In ganz Frankreich finden Demonstrationen gegen die Einführung des "Ersteinstellungsvertrags" (contrat première embauche – CPE) statt. Er sieht vor, dass künftig Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern Berufsanfänger unter 26 Jahren mit einer Probezeit von zwei Jahren anstellen, in der sie ohne Angabe von Gründen gekündigt werden können. Unternehmen werden, wenn sie Jugendliche einstellen, die länger als sechs Monate arbeitslos waren, für drei Jahre von den Sozialabgaben befreit. Diese Maßnahmen sollen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich (Arbeitslosenquote 23%) abbauen helfen.

31. März: Der französische Präsident Chirac setzt das umstrittene Gesetz zur Arbeitsmarktreform mit der Auflage in Kraft, unverzüglich ein neues Gesetz auszuarbeiten, das die umstrittene Probezeit für Berufsanfänger auf ein Jahr verkürzt und im Fall einer Kündigung die Information des Arbeitnehmers über den Kündigungsgrund vorsieht.

Österreich

Der mit Jahresbeginn eingeführte "Dienstleistungsscheck" ermöglicht es, Schwarzarbeit im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen zu legalisieren. Den Arbeitskräften bietet er Sozialversicherungsschutz. – Mit dem Kauf der russischen Impexbank expandiert Raiffeisen International weiter in Osteuropa. Verlustreiche Spekulationsgeschäfte der BAWAG seit den neunziger Jahren werden aufgedeckt, für die der Österreichische Gewerkschaftsbund als Eigentümer mit seinem Vermögen garantiert hat. Der Präsident des ÖGB, Fritz Verzetnitsch, tritt zurück.

Dienstleistungsscheck

1. Jänner: Mit dem neu eingeführten Dienstleistungsscheck können haushaltsnahe Dienstleistungen in Privathaushalten entlohnt werden. Gleichzeitig gibt der Scheck den Arbeitskräften Sozialversicherungsschutz. Der Dienstleistungsscheck gilt nur für Personen mit freiem Arbeitsmarktzugang und ist in Postfilialen, bei der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) und in den Trafiken in einer Stückelung von 5 €, 10 € und 20 € erhältlich. Beim Kauf kostet der Dienstleistungsscheck um 2% mehr; diese Differenz deckt die Unfallversicherung (1,4%) und eine Verwaltungsgebühr von 0,6% ab. Auf dem Scheck werden die Sozialversicherungsnummern von Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingetragen. Die Gebietskrankenkassen zahlen dem

Arbeitnehmer im Folgemonat den Wert des Schecks aus. Pro Arbeitsverhältnis dürfen 2006 456,38 € pro Monat (Geringfügigkeitsgrenze 333,16 € pro Monat zuzüglich Urlaubsersatzleistung und Sonderzahlungsanteil) nicht überschritten werden. Bei Überschreitung des Grenzwertes werden dem Arbeitnehmer die Kranken- und Pensionsversicherung (14,7%) vorgeschrieben. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können jedoch mehrere solcher Arbeitsverhältnisse eingehen.

1. Februar: Raiffeisen International wird durch den Kauf der Russischen Impexbank um 550 Mio. € zur größten Auslandsbank in Russland.

*Raiffeisen International: Kauf
der Impexbank*

27. März: Fritz Verzetnitsch legt nach dem Bekanntwerden einer Haftung des ÖGB für Spekulationsgeschäfte der BAWAG sein Amt als ÖGB-Präsident zurück und verzichtet auf sein Mandat im Nationalrat. Interimistisch wird ÖGB-Vizepräsident Rudolf Hundsdorfer mit der Vertretung des ÖGB nach außen und innen betraut.

*ÖGB-Präsident Verzetnitsch:
Rücktritt*

30. März: Der ÖGB-Bundesvorstand beschließt in einer außerordentlichen Sitzung, sich aus der BAWAG P.S.K. grundsätzlich zurückzuziehen. Aufgrund hoher Spekulationsverluste der BAWAG hat der Eigentümer ÖGB im Jahr 2000 Haftungen von 1,3 Mrd. € übernommen, die jedoch nicht schlagend wurden.

ÖGB: BAWAG-Verkauf

31. März: Der Vorstandsvorsitzende der Hypo Alpe-Adria-Bank Kärnten, Wolfgang Kulterer, bestätigt Spekulationsverluste der Bank in der Höhe von 328 Mrd. €.

*Hypo Alpe-Adria-Bank:
Spekulationsverluste*